

Arbeitskreis Internationale Politik
18. März 2013

Zypern in der Eurozonen-Krise

Zypern gehört wie Spanien und Irland zu jenen Ländern der EU, die bis zum Ausbruch der Krise eine stabile wirtschaftliche und fiskalische Entwicklung zu verzeichnen hatten. Die Wachstumsraten waren über Jahre hinweg hoch¹ und die Staatsverschuldung lag noch 2008 bei 48,9% des BIP.² Von der europäischen Krisendynamik „angesteckt“ wurde Zypern vor allem über den Finanzsektor. Ähnlich wie im Falle Spaniens kam es nach der Euro-Einführung zu einer „Überexpansion“, insbesondere auf dem Immobilienmarkt. Dass der im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung sehr große Finanzsektor seit 2008/2009 massiven Turbulenzen ausgesetzt ist, hängt vor allem mit der starken Verwobenheit mit dem griechischen Finanzsektor³ zusammen. Der dortige Schuldenschnitt Anfang 2012 hatte umfassende Abschreibungen bei zyprischen Banken zur Folge. Die Liquidität der zyprischen Banken wird seither zunehmend aus dem Notprogramm ELA (Emergency Liquidity Assistance) der Zyprischen Zentralbank finanziert.

Zur Bankenkrise kommt eine tiefe realwirtschaftliche Rezession, die sich ebenfalls durch die enge Verwobenheit mit anderen südeuropäischen Ökonomien erklärt. Für das vergangene Jahr wird ein Rückgang der zyprischen Wirtschaftsleistung um 2,3% des BIP, das bei rund 18 Mrd. Euro liegt, erwartet. Infolge von Bankenrettungsmaßnahmen durch die öffentliche Hand dürfte die Staatsverschuldung nach Schätzungen der EU-Kommission von rund 71% des BIP (2011) auf ca. 90% in 2012 ansteigen. Darunter befinden sich auch Kredite aus Russland in Höhe von 2,5 Mrd. Euro. Für diese gewährte die russische Regierung dem Land Ende Januar 2013 eine Laufzeitverlängerung.

Memorandum of Understanding

Vor diesem Hintergrund hatte der zyprische Finanzminister im Juni 2012 EFSF-Kredite beantragt und dafür plädiert, die Auflagen im Wesentlichen auf den Finanzsektor zu beschränken.⁴ Die Antwort der Eurogruppe war grundsätzlich „positiv“, stellt aber klar, dass auch fiskalpolitische und wettbewerbsbezogene Reformen erforderlich seien. Während die zyprische Regierung anfangs einen Finanzbedarf von 3-5 Mrd. Euro schätzte, bezifferte die Eurogruppe das nötige Kreditvolumen auf bis zu 17,5 Mrd. Euro. Auf den Antrag hin wurde ein Memorandum of Understanding (MoU) entwickelt, das bisher in der Schwebe ist.

Die formulierten Hauptziele des MoU sind die Wiederherstellung der Solidität des Bankensektors, eine Haushaltskonsolidierung und eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Maßnahmen beziehen sich auf fünf Bereiche:

1. *Regulierung und Überwachung des Finanzsektors:* Der Finanzsektor soll solider und kleiner werden. Die Risiken der Kreditinstitute sollen bspw. durch Diversifizierung und Kapitalpuffer minimiert werden.⁵ Die in Zypern relevanten Genossenschaftsbanken sollen strenger überwacht und im Falle der nicht-Überlebensfähigkeit abgewickelt werden. Eine Art Bad Bank (Asset Management Company, AMC) soll geschaffen werden um die Bilanzen des Finanzsektors zu bereinigen.

¹ Zwischen 2004 und 2008 stets deutlich über 3% (Eurostat).

² Zum Vergleich: Die deutsche Schuldenquote lag 2008 bei 66,8%, die der EU-27 bei 62,2% (Eurostat).

³ Laut Regierungsangaben sind die zyprischen Banken mit ca. 24 Mrd. Euro in Griechenland engagiert.

⁴ Vorbild dafür war Spanien, wo der „kleine Rettungsschirm“ vorrangig auf den Finanzsektor fokussiert war.

⁵ Zudem soll bspw. das Pfänden von Grundstücken erleichtert werden. Es soll auch einfacher werden, Wohnungen zu räumen, wenn diese als Sicherheit für einen Kredit verwendet wurden.

2. *Fiskalpolitik*: Wie in den anderen Memoranden auch, liegt der Fokus bei der Haushaltskonsolidierung auf der Ausgabenseite. Vorgesehen sind u.a. Rentenkürzungen⁶, Stellenstreichungen im öffentlichen Sektor⁷, diverse Sozial-⁸ sowie Lohnkürzungen.⁹ Vorgesehene Steuererhöhungen beziehen sich vor allem auf die Verbrauchssteuern, insb. die Mehrwertsteuer.¹⁰ Zudem sollen die Gebühren für öffentliche Dienstleistungen erhöht werden.
3. *Finanzpolitisch-strukturelle Maßnahmen*: Vorgesehen sind u.a. eine Rentenreform (Erhöhung des Eintrittsalters, Angleichung an Lebenshaltung, stärkere Besteuerung von Renten), eine Gesundheitsreform (Abschaffung von kostenfreiem Zugang für bestimmte Bevölkerungsgruppen, Gebührenerhöhungen und Preiserhöhungen für Medikamente etc.), die Vorbereitung eines *Privatisierungsprogramms*. Hier liegt einer der zentralen Konfliktpunkte mit der Troika, da die derzeitige zyprische Regierung die Privatisierung von staatlichen Betrieben strikt ablehnt. Aus diesem Grund stehen bisher keine konkreten Privatisierungsmaßnahmen im Text. Dies dürfte sich im Falle eines Regierungswechsels ändern. Außerdem sieht das MoU eine Reform der öffentlichen Verwaltung (insb. der Steuerverwaltung) und eine Reform des Sozialsystems vor.¹¹
4. *Arbeitsmarkt*: Das System der Lohnindexierung wird geschwächt¹² und die Mindestlöhne für bestimmte Berufe werden zeitweise eingefroren.
5. *Märkte für Waren und Dienstleistungen*: Eine Reihe von Deregulierungsmaßnahmen sind vorgesehen, bspw. Lockerung von Werbeverboten, Deregulierung regulierter Berufe sowie zahlreiche Deregulierungen in den Bereichen Tourismus und Energie.

Die zyprische Regierung konnte sich mit ihrer Forderung nach einer Beschränkung der Auflagen auf den Finanzsektor nicht durchsetzen. Zwar sind die Auflagen nicht so heftig wie im Falle Griechenlands, was auf eine günstigere Verhandlungsposition und eine entschiedeneren Ablehnung der Austeritätspolitik durch die zyprische Regierung zurückgeht, dennoch ist die Stoßrichtung die selbe wie bei allen MoU: Austerität und Deregulierung als Bedingung für Kredite. Diese Politik verschärft die wirtschaftlichen Probleme und verursacht eine soziale Krise. Das ist die Entwicklung, die auch in Zypern zu erwarten ist, wenn das Memorandum in dieser oder ähnlicher Form umgesetzt wird.

Politische Gemengelage in Zypern, Deutschland und der EU

In Zypern stellte die AKEL¹³ mit Demetris Christofias von 2008 bis Februar 2013 den Präsidenten. Bis August 2011 hatte sie mit der Demokratischen Partei (DIKO) koalitiert, die dann aber die Koalition verließ. Christofias verfügte dadurch zuletzt über keine parlamentarische Mehrheit und war nur eingeschränkt handlungsfähig. In den Verhandlungen mit der Troika lehnte er einerseits allzu harte Einschnitte ab, konnte sich mit diesem Kurs aber andererseits nicht auf eine zuverlässige Mehrheit im Parlament stützen.

Am 17. und 24. Februar fanden Präsidentschaftswahlen statt, die der Kandidat der christdemokratischen DISY, Nicos Anastasiades, für sich entscheiden konnte. Im ersten Wahlgang erhielt er 45,4% der Stimmen und verfehlte damit nur knapp die absolute Mehrheit. In der Stichwahl gegen den AKEL-Kandidaten Stavros Malas setzte er sich mit 57,5% durch. Angesichts dessen, dass Malas nur von der AKEL und nicht wie zuletzt Christofias auch von der DIKO unterstützt wurde, ist ein Stimmanteil von 42,5% in der Stichwahl

⁶ Gestaffelt nach Rentenhöhe um bis zu 12,5%. Zudem werden die Abschläge bei Frührenten erhöht.

⁷ Mindestens 5.000 Stellen sollen bis 2016 wegfallen, vor allem durch einen Einstellungsstopp.

⁸ Bspw. Abschaffung von Mutterschaftsgeld und Ausbildungsbeihilfen, Kürzungen bei Wohnungsbauprogrammen, Kindergeld, Wohlfahrtseinrichtungen etc.

⁹ Insbesondere durch Einfrieren der Löhne im öffentlichen Sektor und Streichung von Zulagen.

¹⁰ Auch eine (geringfügige) Erhöhung von vermögensbezogenen Steuern und Bankenabgabe ist vorgesehen.

¹¹ Sowohl bei der öffentlichen Verwaltung als auch beim Sozialsystem geht es vor allem darum, die Effizienz durch „Verschlankung“ zu steigern.

¹² Die Lohnindexierung sieht eine automatische Lohnangleichung an die Inflation vor. Laut MoU sollen die Angleichungen künftig seltener und nur noch zu 50% erfolgen und bei Rezession ausgesetzt werden.

¹³ Fortschrittspartei des werktätigen Volkes, Beobachterstatus in der Europäischen Linken und Mitglied der GUE/NGL.

durchaus ein Erfolg. Nichts desto trotz gab es den Machtwechsel zu Gunsten der Konservativen.

Europäischer Rat und Troika spielten angesichts der Wahlen und der absehbaren Veränderung der Mehrheitsverhältnisse zuletzt auf Zeit.¹⁴ Der neue Präsident steht den Troika-Forderungen offen gegenüber. Mit ihm als Verhandlungspartner kam es nach den Wahlen zu raschen Verhandlungsfortschritten. Im Rahmen des Euro-Gipfels am 15. März kam es zu einer Einigung. Demnach soll Zypern einen Kredit in Höhe von zehn Milliarden Euro aus ESM-Mitteln erhalten. Im Gegenzug akzeptiert Zypern ein verschärftes Memorandum¹⁵, dass u.a. auch eine Erhöhung des Körperschaftssteuersatzes von 10% auf 12,5% beinhaltet. Zudem hat sich die Bundesregierung mit ihrer Forderung nach einer Beteiligung Privater durchgesetzt. Bankeinlagen in Zypern bis zu 100.000 Euro sollen durch eine Sonderabgabe von 6,75% belastet werden, höhere Einlag mit einer Abgabe von 9,9%. Die EU erhofft sich dadurch eine Entlastung der Banken von ca. 5,8 Mrd. Euro.

In Deutschland war die Debatte um die Hilfskredite für Zypern lange Zeit stark von den Vorwürfen an die zyprische Regierung begleitet, nicht ausreichend gegen Geldwäsche vorzugehen. Die Debatte wurde durch Medienberichte angeheizt, die unter Berufung auf BND-Quellen feststellten, dass es angeblich 26 Mrd. Dollar auf „russischen Schwarzgeldkonten“ in Zypern gebe.¹⁶ Tenor des Russland- und Zypern-Bashings war, dass die ESM-Kredite im Endeffekt „russischen Oligarchen“ zu Gute kämen. Sowohl im Regierungslager als auch bei SPD und Grünen finden sich diese Vorwürfe als zentrale Argumentationsmuster.¹⁷ In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Hunko und weiterer Abgeordneter der Fraktion Die Linke.¹⁸ gestand die Regierung jedoch ein, dass ihr keine Informationen über illegale Konten auf Zypern hat.¹⁹

Die Bundesregierung konnte die Auseinandersetzung um etwaige Schwarzgeldkonten dennoch nutzen um ihre Forderung nach einer Beteiligung Privater beim Euro-Gipfel durchzusetzen. Ob die Einigung haltbar ist, ist derzeit (18. März 2013) jedoch unklar. Insbesondere die Beteiligung von Kleinsparern an der Bankenrettung stößt auf heftige Kritik. Eine Zustimmung des zyprischen Parlamentes ohne Nachbesserungen zu deren Gunsten scheint unwahrscheinlich.

In Deutschland steht nun zu erwarten, dass die Bundesregierung dem Bundestag sehr zeitnah einen überarbeiteten Programmentwurf vorlegen wird.

¹⁴ Als Begründung für das Hinauszögern der Entscheidung über die Kredithilfen diene zuletzt die gänzlich grundsätzliche Frage, ob die zyprischen Banken überhaupt die Stabilität des Euroraums insgesamt gefährden. Diese Frage wurde v.a. von der Bundesregierung aufgeworfen. Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Möglichkeit einer direkten Banken-Rekapitalisierung durch den ESM. Das würde Zypern entgegen kommen, da dann der Großteil des Kredites nicht als Staatsschulden angerechnet werden müsste und die Staatsschuldenquote damit deutlich weniger steigen würde.

¹⁵ Insbesondere beim Thema Privatisierung dürfte es zu Verschärfungen kommen. Druck in diese Richtung kommt beispielsweise aus der EZB. Kurz nach Bekanntgabe der Ergebnisse im ersten Wahlgang ließ Direktoriumsmitglied Asmussen verlautbaren, dass wir in Zypern „um die Schuldentragfähigkeit sicherzustellen [...] weitreichende Privatisierungen brauchen. Das hatte der bisherige Präsident abgelehnt. Jetzt werden wir gucken, ob man bis Ende März ein solches Programm vernünftig verhandeln kann.“

¹⁶ Der Spiegel berichtete Anfang November 2012 exklusiv darüber, dass laut BND „russische Staatsbürger 26 Milliarden Dollar bei zyprischen Banken deponiert“ hätten. Außerdem „beanstande“ der BND, „dass das Land noch immer Möglichkeiten zur Geldwäsche biete“. Aus diesen spärlichen Daten machte der Spiegel dann, dass angeblich russische „Oligarchen“ 26 Mrd. Dollar auf „Schwarzgeldkonten“ deponiert hätten.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/russisches-schwarzgeld-bnd-warnt-vor-rettungspaket-fuer-zypern-a-865151.html>

¹⁷ Sigmar Gabriel lehnte noch Anfang Januar das geplante Paket mit Verweis auf Steuerbetrug in Zypern ab. Die Grünen argumentieren ähnlich. Merkel, die erstmals ernsthaft um eine Mehrheit im Bundestag für die ESM-Milliarden bangen muss, kündigte daraufhin an, dem Parlament nur dann ein Zypern-Paket zur Abstimmung vorzulegen, wenn die dortige Regierung „radikale Reformen“ einleite.

¹⁸ Siehe: <http://www.andrej-hunko.de/presse/1482-bundesregierung-hat-keine-informationen-ueber-schwarzgeldkonten-in-zypern>.

¹⁹ Die Antwort der Bundesregierung wurde von verschiedenen Medien aufgegriffen. Siehe u.a. <http://www.cicero.de/weltbuehne/zypern-euro-rettung-russisches-schwarzgeld-offenbarungseid/53858>.

Geldwäscheanlage und Steuerparadies?

Zyperns Regierung wies die Kritik bezüglich der Geldwäsche als haltlosen „Angriff“ auf Zypern zurück. Das Land erfülle die Vorgaben von EU, der G 20 und des IWF.²⁰ Zumindest die verkürzte (Medien-)Darstellung Zyperns als „Geldwäscheparadies“ für „russische Oligarchen“ lässt sich so pauschal nicht aufrecht erhalten. Stichhaltige Beweise für eine kriminelle Herkunft der 26 Mrd. Dollar „schweren“ Bankanlagen russischer Staatsbürger und juristischer Personen auf zyprischen Konten liegen nicht vor. Zwar besteht durchaus die Möglichkeit, dass auch substantielle Summen von Schwarzgeld auf Zypern lagern.²¹ Ein beträchtlicher Teil der Summe dürfte aber formal legal über russisch-zyprische Holdings und im Rahmen des Doppelbesteuerungsabkommens nach Zypern gelangt sein.²² Tatsächlich flossen 2011 rund 122 Mrd. Dollar aus Russland in den zyprischen Finanzsektor – und in etwa genauso viel wieder zurück.²³

Sowohl der Länderbericht der Europarats-Arbeitsgruppe zu Geldwäschebekämpfung (Moneyval) als auch das Tax Justice Network (TJN) bestätigen, dass Zypern im Bereich der Geldwäsche den wichtigsten internationalen Abkommen beigetreten ist (z.B. den UN-Konventionen gegen transnationale organisierte Kriminalität und zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung) und internationale Standards zur Geldwäschebekämpfung (z.B. den Standard der Financial Action Task Force Against Money Laundering) formal einhält.

Kritischer fällt die Einschätzung darüber aus, inwieweit Zypern diese Verpflichtungen praktisch umsetzt. Tatsächlich seien Finanz-, Steuer- und Strafverfolgungsbehörden nur äußerst begrenzt in der Lage, den immensen Finanzsektor des Landes effektiv zu kontrollieren, der im Verhältnis zum BIP fast 700 Prozent größer ist, als der der Schweiz. Moneyval stellt schon als „Erfolg“ heraus, dass die Behörden zwischen 2005 und 2011 108 Geldwäscheverfahren gegen 45 (juristische) Personen erfolgreich abschlossen hat.²⁴

Steuerparadies Zypern – in „guter“ Gesellschaft

Wird der Blick über den Aspekt der Geldwäsche hinaus auf andere Praktiken des Steuerdumpings und der Steuervermeidung ausgeweitet, erfüllt Zypern durchaus die Kriterien einer Steuerparadies: Seit 1974 wurde Zypern systematisch zu einem internationalen Finanzzentrum aufgebaut, mit niedrigen Steuersätzen, striktem Bankgeheimnis, geringen Hürden für die Gründung von Kapitalgesellschaften und Konzernniederlassungen sowie schwachen Regulierungsbehörden. Zypern schloss Doppelbesteuerungsabkommen mit insgesamt 44 Staaten²⁵ – darunter die GUS-Staaten, die USA und zahlreiche EU-Länder mit hohen Steuersätzen ab. Bei einem einheitlichen Steuersatz für Unternehmen, d.h. auch für Kapitalgesellschaften, von 10%, ohne Erbschafts-, Vermögens- oder Gewinnbesteuerung ist das Land somit ein attraktives Ziel für

²⁰ Mitte Januar bestellte die Regierung sämtliche EU-Botschafter ins Finanzministerium ein, um über die Bemühungen gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung aufzuklären. Das Ministerium hob hervor, dass Zypern internationale Geldwäschestandards ernsthafter umsetze, als andere EU-Staaten – einschließlich Deutschland. Entsprechend bezeichnete die Regierung die deutschen Vorwürfe als innenpolitische, durch den anstehenden Bundestagswahlkampf motivierte Manöver.

²¹ Bis weit in die 1990er Jahre war Zypern tatsächlich für kriminelle Finanzflüsse aus Russland bekannt. Nicholas Shaxson bezeichnet Zypern als „Durchgangsstation“ für – auch – kriminelle Gelder. In den 1990er Jahren flossen u.a. Kickbacks russischer Unternehmer aus Kreditgeschäften aus der Sowjetzeit mit afrikanischen Staaten wie z.B. Angola (auch) über Konten auf Zypern. Ziel war schon damals die „City of London“, die laut Shaxson Zentrum des weltweiten Schattenbanksystems ist. Siehe: Nicholas Shaxson 2011, Schatzinseln. Wie Steuerparadiese die Demokratie unterwandern. Zürich: Rotpunktverlag. Hier: S. 39f.; 199; 319ff.

²² Siehe hierzu den Länderbericht zu Zypern auf http://www.secrecyjurisdictions.com/sj_database/Cyprus.xml

²³ Wirtschaftswoche 14.11.2012. „Zypern verweigert jede Reform.“

²⁴ Committee of Experts on the Evaluation of Anti-Money-Laundering Measures and the Financing of Terrorism (Moneyval), 2011, Report on Fourth Assessment Visit. Anti-Money Laundering and Combating the Financing of Terrorism. Cyprus 2011. Moneyval. Sowie: Financial Secrecy Index Cyprus (Überblick) <http://www.secrecyjurisdictions.com/PDF/Cyprus.pdf>

²⁵ Über Doppelbesteuerungsabkommen und die Gründung von Tochtergesellschaften können internationale Kapitalgesellschaften und Konzerne – vordergründig legal – ihre Steuern minimieren, indem sie Gewinne in den Niedrigsteuerrändern und Verluste in den mit hohen Steuersätzen angeben (sog. „transfer pricing“). Die unkomplizierte Möglichkeit zur Gründung von Holdings und Stiftungen, die auf Zypern bis heute steuerfrei und sehr schwach reguliert sind, erleichtert diese Art der Steuervermeidung.

Finanzakteure und Konzerne. Der EU-Beitritt hat Zypern für die Finanzindustrie und Konzerne aus der Europäischen Union zusätzlich attraktiv gemacht, da Kapitalverkehrsfreiheit und Niederlassungsfreiheit die Hürden nochmals gesenkt haben.

Zyperns Wirtschaft ist heute hochgradig abhängig vom Finanzsektor; rund 80 Prozent des BIP werden im Dienstleistungssektor erwirtschaftet, und die vom zyprischen Bankensektor gehaltenen Werte werden auf bis zu 800% höher als das BIP beziffert. Aktuell wird die Zahl der auf Zypern ansässigen Kapitalgesellschaften auf rund 250.000 geschätzt.²⁶

Bereits im Vorfeld des EU-Beitritts versuchte Zypern den Image-Wechsel vom Off-Shore-Steuerparadies zum „seriösen“ Finanzdienstleistungszentrum. Dabei profitierte das Land von der allgemeinen Entwicklung zur Liberalisierung- und Deregulierung der Finanzmärkte und der Verbreitung von „innovativen“ Finanzgeschäftsmöglichkeiten im legalen oder rechtlichen Graubereich. Indem Zypern einerseits härter gegen offensichtlich kriminelle Geschäfte vorging, andererseits seine „Standortvorteile“ (Bankgeheimnis, laxer Finanzaufsicht, Steuerdumping) beibehielt, konnte es sich von „klassischen“ Steueroasen wie u.a. den Cayman Islands absetzen. Das TJN kritisiert allerdings das bis heute strikte Bankgeheimnis sowie die unzureichende Transparenz und öffentliche Kontrolle im Finanzsektor. Aufgrund der „finanzfreundlichen“ Rechtsprechung und der geringen Ausstattung der Behörden sei eine effektive Aufsicht über Finanzgesellschaften, -transaktionen und Eigentumsverhältnisse nur „teilweise“ gewährleistet.²⁷

Damit steht Zypern in der EU keineswegs allein: Im Ranking des TJN wird Zypern bspw. in der gleichen Kategorie wie Deutschland eingestuft. An der Spitze der am wenigsten transparenten Finanzplätze stand nach der Schweiz und den Cayman Islands Luxemburg, wo nicht „russischer Oligarchen“ sondern „seriöse“ Unternehmen wie u.a. Amazon das strenge Bankgeheimnis, die laxer Finanzaufsicht und Niedrigsteuersätze ausnutzen. In Luxemburg vermuten Experten rund 13% der weltweit in Steueroasen angelegten Gelder. Deutsche Unternehmen wie BASF, Puma und die Deutsche Bank unterhalten Tochtergesellschaften in Malta, um die gleichen Vorteile in Anspruch zu nehmen.²⁸

Fehlende Regulierung auf EU- und internationaler Ebene

Die Kritik an Steuerdumping, Beihilfe zur Steuervermeidung und mangelhafter Regulierung des Finanzsektors in Zypern ist berechtigt. Die gegenwärtig einseitige und fast ausschließliche Fokussierung auf Zypern ist allerdings politisch unhaltbar und lenkt vom grundsätzlichen (globalen) Problem ab: dem *rasanten Anwachsen des Schattenbanksektors* infolge der politisch gewollten Liberalisierung und Deregulierung. Das internationale Financial Stability Board (FSB) schätzt die Größe des globalen Schattenbanksektors auf 67 Billionen US-Dollar.²⁹ Allein im letzten Jahrzehnt hat sich das Volumen dieses Sektors um mehr als 40 Billionen vergrößert.³⁰ Zudem *verschwimmt vor dem Hintergrund immer „innovativerer“ Finanzprodukte die Grenze zwischen Legalität und Illegalität zunehmend*.

Die Bilanz der bisherigen, im Rahmen der G20 und der EU nach dem Ausbruch der Finanzkrise angekündigten Maßnahmen zur Bekämpfung der Schattenbanken und zur „Trockenlegung“ der Steueroasen ist äußerst dürftig. Regulierungsbemühungen bleiben zu zaghaft und lassen erhebliche Schlupflöcher offen. Regierungen und schwach ausgestattete Behörden knicken vor der Macht der Finanzlobby ein, so dass anstelle einer effektiven Beschneidung der Finanzmacht allenfalls ein Flickenteppich von Transparenzregeln und letztlich unverbindlicher Verhaltenskodexe entstanden ist.³¹ Der von der EU-Kommission im Dezember 2012 vorgelegte Aktionsplan zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung

²⁶ Financial Secrecy Index Cyprus (Full Data Base) http://www.secrecyjurisdictions.com/sj_database/Cyprus.xml und Zeit online, 15.11.2012 „Waschanlagen in Europa“.

²⁷ <http://www.secrecyjurisdictions.com/PDF/Cyprus.pdf>

²⁸ Handelsblatt, 27.11.2012. „Europa, das Steuerparadies für Unternehmen“.

²⁹ Das entspricht 111% der globalen Wirtschaftsleistung und rund der Hälfte des formellen Banksektors.

³⁰ Peter Wahl 2012, „Finanzmarktreformen: No, they can't!“ Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung Dezember 2012.

³¹ Siehe u.a. Sebastian Dullien 2012, Anspruch und Wirklichkeit der Finanzmarktreform: Welche G20-Versprechen wurden umgesetzt? IMK-Studie 26. Sowie Axel Troost 2011, Das Kasino bleibt geöffnet. Die Regulierung der Finanzmärkte und was daraus geworden ist. Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2011, 75-84.

macht hier keine Ausnahme.³²

Positionierung des Arbeitskreises

Eine mit Konditionalitäten verbundene Kreditlinie aus ESM-Mitteln an Zypern ist abzulehnen. Der ESM ist ein Instrument, mit dem wirtschaftliche Notsituationen ausgenutzt werden um über die demokratisch nicht legitimierte Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF weitreichende wirtschafts- und sozialpolitische „Reformen“ von außen zu diktieren. Das ist aus demokratiepolitischen Überlegungen heraus inakzeptabel.

Auch inhaltlich ist das Zypern-Memorandum abzulehnen. Insbesondere die vorgesehenen Sozial- und Lohnkürzungen, die Entlassungen sowie die Deregulierungs- und Privatisierungsmaßnahmen sind ökonomisch destruktiv und sozial inakzeptabel. Einige tendenziell sinnvolle Maßnahmen wie die leichte Erhöhung des Körperschaftssteuersatzes können das nicht aufwiegen.

Ohnehin wäre in Zypern nur ein Programm zu rechtfertigen, das sich ausschließlich auf den Finanzsektor bezieht und nur für diesen Auflagen enthält. Ähnlich wie in Spanien, ist in Zypern vor allem der Finanzsektor das Problem. Auflagen, die Kürzungen öffentlicher Ausgaben und Strukturreformen erzwingen, sind auch vor diesem Hintergrund nicht zu rechtfertigen.

Eine Beteiligung Privater an den Kosten der Krise ist grundsätzlich zu befürworten. Allerdings sollte bei den Gläubigern der Staaten bzw. den Anteilseignern maroder Banken angesetzt werden. Eine pauschale Abgabe auf Bankeinlagen, wie sie auf dem Euro-Gipfel beschlossen wurde, ist ökonomisch desaströs. Insbesondere eine Beteiligung von Kleinsparern ist vollkommen inakzeptabel.

Steuerflucht und -dumping sind ernsthafte Probleme, die nur auf europäischer – und vorzugsweise internationaler - Ebene gelöst werden können. Die Bundesregierung ist gefordert, sich für ein koordiniertes, entschlossenes Vorgehen der Mitgliedsstaaten zur Bekämpfung von Steueroasen und zur Etablierung steuerlicher Mindeststandards einzusetzen. Der ausschließliche Fokus auf Zypern geht an der Problemlage vorbei.

Inakzeptabel ist das populistische Argumentationsmuster nachdem Zypern insbesondere ein Ort der Geldwäsche für „russische Oligarchen“ ist. Sowohl die Polarisierung in der Wohlstandsverteilung als auch die Intransparenz gigantischer Kapitalströme sind internationale, systemische Probleme, die durch nationalitätsgebundene Erklärungen nicht sachgerecht erfasst werden können. Während im Zuge der griechischen Krise medial das Bild vom angeblich „faulen Griechen“ aufgebaut wurde, werden nun antirussische Feindbilder herangezogen, um die Zyprer/innen zu diskreditieren – „Oligarchen“ sind demnach reiche Russen, nicht aber reiche Deutsche, Franzosen etc. Diese, mit nationalistischen Stereotypen aufgeladenen Diskussionsmuster müssen energisch zurückgewiesen werden.

³² Mitteilung der Kommission, Aktionsplan zur Verstärkung der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung. KOM(2012)722 final.